

Schweizerische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **43 (1949)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

drohung unserer Sicherheit (!), wie sie sich aus der Krise in China ergibt», eine aktivere Politik der Washingtoner Regierung. Doch hält diese offenbar dafür, daß die Last, die sich die Vereinigten Staaten mit der Besetzung Japans aufgeladen haben, schon groß genug sei und die amerikanische Sicherheit nicht unbedingt auch noch in China verteidigt werden müsse . . .

«L'Asia farà da sè», Asien wird schon allein mit sich fertig werden, könnten die Völker des Ostens ihren ungebetenen westlichen Schutzherrn zurufen. Und wirklich, wenn einmal weder Asien noch Afrika noch sonst ein «rückständiger» Erdteil mehr als koloniales Ausbeutungsobjekt behandelt werden wird, dann wird sich, auf Grund eines weltweiten Systems geplanter Wirtschaft und gegenseitiger Hilfe, von selbst jenes neue Verhältnis zwischen weißen und farbigen Völkern einstellen, das, statt eine ewige Kriegsquelle zu sein, eine der stärksten Kräfte dauernden Friedens auf unserer Erde werden kann.

7. März.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Bundesfinanzreform? Die eidgenössische Politik wird seit Monaten vom Kampf um die Reform der Bundesfinanzen beherrscht. Es handelt sich darum, an Stelle des Vollmachten«rechtes», auf dem jetzt der Großteil der Bundeseinnahmen beruht, ordentliches Recht zu setzen und, wenigstens einmal für zwanzig Jahre, Verfassungsbestimmungen zu erlassen, die es dem Bund ermöglichen sollen, seine Ausgaben, eingeschlossen diejenigen für die Tilgung seiner Schulden — die jetzt rund 10 Millionen Franken betragen — wieder auf normale Weise zu decken. Kein Wunder deshalb, daß sich um die Art und Weise, wie der Bundeshaushalt neugeordnet werden soll, ein großes Ringen der Parteien, Klassen und Interessengruppen entsponnen hat. «Groß» ist zwar hier wirklich nur ganz äußerlich gemeint; denn die Auseinandersetzungen über diese Finanzreform, besonders soweit sie sich während der außerordentlichen Tagung der Bundesversammlung im Februar vor dem Nationalrat abgespielt haben, atmeten ja wieder einmal bedenklich stark jenen Geist der Kleinlichkeit, Knorzigkeit und Engherzigkeit, der für ein gewisses modernes Helvetiertum so bezeichnend ist. Nicht daß wir uns an der Notwendigkeit stoßen würden, bei der Lösung der Finanzfrage zu einem Kompromiß, zu einem schiedlich-friedlichen Ausgleich widerstreitender Interessen zu kommen; denn wenn man in Diktaturstaaten solche Sachen auch viel einfacher macht, so macht man sie in Wirklichkeit auch viel schlechter, als das in der schwerfälligeren Demokratie der Fall ist. Aber es drängt sich einem gerade beim Anblick des kläglichen Marktes um die Verteilung der Staatslasten eben aufs neue die starke Erkenntnis auf, daß auf dem Boden der Klassengesellschaft, in der die privaten Sonderinteressen vorherrschen und das Volk durch wirtschaftliche Gegensätze heillos zerrissen ist, eine rechte Demokratie überhaupt nicht bestehen kann und daß wir zu einer wirklichen Selbstregierung des Volkes, ja überhaupt zu einer anständigen Volksgemeinschaft, in deren Schoß dann Meinungs- und Interessenkonflikte unschwer überwunden werden können, erst kommen werden, wenn einmal Wirtschaft und Staat nicht mehr unter dem brutalen Gesetz des Profits und der egoistischen Konkurrenz stehen, sondern unter dem kategorischen Imperativ des gemeinen Wohles und der gegenseitigen Hilfe. Es kann deshalb auch keineswegs überraschen, daß das bisherige Ergebnis der parlamentarischen Verhand-

lungen über die Bundesfinanzreform denkbar unbefriedigend ist. Die ständerätliche «Lösung» der Finanzfrage ist mit dem schamlosen Besitzegoismus, aus dem sie stammt, von vornherein unannehmbar; aber auch der Nationalrat hat sich nicht einmal zu jener Verbindung von Verbrauchs- und Besitzbelastung durchzuringen vermocht, auf der, als einem Mindestmaß steuerlicher Gerechtigkeit, der bundesrätliche Entwurf beruhte, hat vielmehr die sogenannte Tilgungssteuer zugunsten der großen Einkommen noch weiter verschandelt und dazu durch Ablehnung einer einmaligen Vermögensabgabe sowie erst recht einer eidgenössischen Erbschaftssteuer und durch Besteuerung der Rückvergütung der Konsumgenossenschaften wie auch durch Beschneidung des Ausgabenrechtes der Bundesversammlung und durch eine falsche Subventionenreform eine Vorlage fertiggebracht, der man auch dann nur schwer zustimmen könnte, wenn der Ständerat — was ausgeschlossen ist — daran keinerlei neue Verschlechterungen vornähme. Es ist ein Jammer mit dieser Sorte Demokratie!

Auf schiefer Ebene Dabei muß immer wieder daran erinnert werden, daß die Finanzfrage für den Bund mindestens zur Hälfte schon gelöst wäre, wenn nur endlich die Ausgaben für die *Kriegsrüstung* der Schweiz massiv herabgesetzt, statt immer weiter erhöht würden. Gerade jetzt liegt — um vom ordentlichen Militärbudget, das immer außerordentlichere Maße annimmt, ganz zu schweigen — eine Regierungsbotschaft vor den Räten, die den Ankauf von gleich hundert weiteren Flugzeugen im Kostenbetrag von 108 Millionen Franken verlangt — über eine Million für ein einziges dieser Flugzeuge, die in ein paar Jahren ja doch schon wieder veraltet sein werden! Eine radikale Umkehr der schweizerischen Außenpolitik, der Politik der bewaffneten Neutralität, drängt sich schon aus materiellen Gründen immer unabweisbarer auf — oder dann sollen eben die großen Patrioten, denen kein Opfer — der *ändern* zu hoch ist, wenn es den Ausbau des Militärapparates zu fördern gilt, einmal kräftig ins eigene Portemonnaie langen. Aber an eine militärische Abrüstung denken diese Eidgenossen natürlich nicht einmal in ihren Träumen; wo bliebe denn sonst der Mythos vom «Volk in Waffen», der sich politisch und wirtschaftlich so gut bezahlt macht?

Eher lassen sie noch über eine Revision des *Neutralitätsdogmas* — wenigstens eine solche der Tat, wenn schon nicht des Bekenntnisses — mit sich reden; ist es doch kein Geheimnis, entspricht vielmehr völlig den Interessen der herrschenden Schicht, daß trotz aller Ausdehnung des Exportgeschäftes mit Osteuropa die Außenpolitik unseres Bürgertums entschieden auf eine festere Verbindung mit dem *Westblock*, das heißt mit den Mächten der sozialen Konservativen, hinzielt. In einer Zeit zunehmender Blockbildung wird der Anspruch der Schweiz, unbeteiligt und ungebunden eine bloße Zuschauer(und Profiteur-)rolle zwischen den beiden großen Heerlagern drin zu spielen, tatsächlich immer mehr zur bloßen Fiktion, ungeachtet der stereotypen Beteuerungen unseres «unverbrüchlichen Neutralitätswillens», die wir bei jeder Gelegenheit abgeben. Daran ändert es auch nichts, daß kürzlich kein Geringerer als Feldmarschall *Montgomery* die Schweiz ermahnt hat, doch ja nicht von ihrer «althergebrachten Neutralitätspolitik» abzuweichen, hat doch der Staatsbesuch des Chefs der künftigen Wehrmacht des Westbundes in Zürich und Bern die Aufmerksamkeit neuerdings auf das Interesse gelenkt, das die Westmächte an einer Schweiz haben, die ihr strategisch so wichtiges Gebiet «aus eigener Kraft» zu verteidigen gewillt ist, statt nun auch zur Kostgängerin Amerikas zu werden, das mit der Alimentierung der Kriegsrüstung seiner Verbündeten ohnehin schon genug belastet ist. Der Beitritt der Schweiz zum westmächtlichen *Wirtschaftsbund* («Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit») genügt deshalb vom Standpunkt des Westblocks aus vorerst durchaus, um so mehr als auch den Gegnern der marxistischen Gesellschaftslehre klar ist, daß wirtschaftliche Bindungen unvermeidlicherweise auch zu einer politischen Interessengemeinschaft führen.

Gerade darum hat sich aber die Schweiz mit ihrer Eingliederung in die westmächtig-kapitalistische Wirtschaftsorganisation auf eine schiefe Ebene begeben, auf

der es zuletzt, trotz allen vermeintlichen Sicherungen, kein Halten mehr geben wird. Nicht daß wir ein Heraustreten der Schweiz aus ihrer egoistischen Isolierung bedauer-ten — ganz im Gegenteil. Wir beharren heute mehr als je auf unserer Forderung nach dem Anschluß der Schweiz an die Vereinten Nationen und könnten uns auch ihre initiative Mitwirkung an der Schaffung eines von *beiden* Weltblöcken unabhängigen und deren Zusammenstoß verhindernden Westeuropabundes sehr wohl vorstellen. Aber diejenige Neuorientierung der schweizerischen Außenpolitik, die sich jetzt anbahnt, die erweckt in uns nur stärkstes Unbehagen, auch wenn man uns — wie das unlängst der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in einem Zeitungs-artikel getan hat — versichert, daß die von Amerika angeregte und finanzierte euro-päische Wirtschaftsorganisation eigentlich ein Unternehmen sei, das uns den Sozialis-mus bringen werde. «Was ist denn», so fragte tatsächlich der Verfasser des erwähnten Artikels, «die Politik des Marshall-Planes anderes als *angewandter Marxismus*? Wie könnten die Pläne der europäischen Wiederaufbauorganisation in Paris, womit auf Jahre hinaus die Wirtschaft der Länder in Westeuropa (auf *kapitalistischer* Grund-lage! H. K.) gemeinschaftlich organisiert werden soll, anders denn als *angewandter Sozialismus* bezeichnet werden?»

Da kommt unsreiner freilich nicht mehr nach¹⁰. Aber was will man? Auch viele ausländische Sozialdemokraten unterstützen ja eine Außenpolitik, die entweder offen-kundig von den kapitalistisch-konservativen Kräften gemacht wird oder doch, um unsere alte Formel zu gebrauchen, tatsächlich dem Ziele dient, «to make the world safe for capitalism», die Geltung des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsideals in der Welt sicherzustellen. Auch hier wird einmal eine klare Umkehr erfolgen müssen, soll nicht immer größere Verwirrung und zuletzt nicht wiedergutzumachendes Unheil angerichtet werden!

8. März.

Hugo Kramer.

¹⁰ Daß Professor W. Roepke jetzt in der «Neuen Zürcher Zeitung» alarmierend feststellt, die Marshall-Plan-Organisation wachse sich immer mehr zu einer «inter-nationalen Planbürokratie» aus, die sogar — wenn auch wider Willen — dem Sozia-lismus helfe, so beweist das natürlich nichts für den marxistisch-sozialistischen Grund-charakter des Planes. Es gibt auch eine *kapitalistische* Wirtschaftsplanung, die Herr Roepke freilich in den gleichen «kollektivistischen» Tigel wirft wie den Sozialismus, Kommunismus usw. Aber was Herr Roepke als «Sozialismus» ausgibt, müssen nicht auch *wir* als solchen anerkennen! Und im übrigen bestätigt Roepke, daß der Sinn und Zweck des Marshall-Planes nur darin bestehen könne, in den Empfängerländern und in ihrem Verhältnis zueinander die «freie Marktwirtschaft» — den liberalen Kapita-lismus — wiederherzustellen und allem Sozialismus den Garaus zu machen. (12. 3.)